

Helge Dvorak †

**Biographisches Lexikon
der
Deutschen Burschenschaft**

Band I: Politiker
Sammlung von Nachträgen
Stand: 29.11.2023

Im Auftrag der
Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e.V.
(GfbG)

herausgegeben von Peter Kaupp

Abkürzungen s. Teilband 9 Nachträge (2021) S. XI-XIII,
Literaturverzeichnis ebd. S. 197-202

**Gesellschaft für burschenschaftliche
Geschichtsforschung e. V.**
(GfbG)

Vorstand

Verwaltungsdirektor Christian Oppermann
Vorsitzender

Jan-Hendrik Klaps

Dipl.-Ing., Dipl.-Kfm. (FH) Jörg Dreier

Beirat

Dr. phil. Helma Brunck

Prof. Dr. phil. Günter Cerwinka

Dr. phil. Frank Grobe

Dr. phil. Peter Kaupp

Prof. Dr. iur. Dr. phil. Harald Lönnecker †

Prof. Dr. phil. Dr. phil. h. c. Klaus Malettke

Dr. phil. Klaus Oldenhage

Prof. Dr. iur. Klaus-Peter Schroeder

In diese Sammlung werden bisher übersehene oder seit 2018 verstorbene Burschenschafter des gleichen Personenkreises wie in den Teilbänden 1-9 aufgenommen. Die Sammlung soll beim Erreichen eines hinreichenden Umfangs in einen Ergänzungsband überführt werden.

Cassens, Johann-Tönjes, geb. 30.10.1932 in Aurich-Oldendorf als Sohn eines Kaufmanns, gest. 19.08.2022 in Hannover (Saxo-Silesia Freiburg 1953). Nach dem



Abitur am Gymnasium in Aurich 1952 zunächst Praktikum beim DGB und ab 1953 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg i. Br. und Kiel; 1957 Erstes Staatsexamen, 1957-1961 juristisches Referendariat in Schleswig-Holstein und Berlin; 1959/60 Besuch der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, 1961 Zweites juristisches Staatsexamen vor dem Hanseatischen OLG in Hamburg und Dr. iur. Kiel („Die Bedeutung des gegliederten Schadensbegriffes für die Berücksichtigung hypothetischer Schadensereignisse“), anschließend bis 1962 Mitglied der Geschäftsführung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bremen, 1962-1981 Rechtsanwalt und Notar in Bremen, später in Celle; seit 1961 Mitglied der CDU, 1962-1967 Landesgeschäftsführer der CDU Bremen und ebd. Leiter des Verlags für Staatsbürgerkunde, 1968-1972 Mitglied des Bundesparteigerichts der CDU, 1963-1981 Abgeordneter der Bremischen

Bürgerschaft; ebd. 1971-1981 Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion und Vorsitzender des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der CDU-Fraktion in der Bürgerschaft. 1971 bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft als Spitzenkandidat der CDU aufgestellt, konnte er sich nicht gegen den SPD-Kandidaten Herbert Koschnick durchsetzen. 21.06.1986-1998 Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags, ebd. am 14.01.1992 Wahl zum Vorsitzenden des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen; 20.05.1981 Berufung als niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kunst; in dieser Zeit mitverantwortlich für den Erwerb des Evangeliars Heinrichs des Löwen (1983) und für den Erwerb des ehem. Verwaltungshochhauses der Continental AG für die Universität Hannover; nach der Wahlniederlage der CDU bei den Landtagswahlen 1992 am 21.06.1990 Austritt aus der Regierung und Ablösung im Ministeramt durch die parteilose Helga Schuchardt; zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen, u. a. Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland (Großes Verdienstkreuz) und Justus-Möser-Medaille der Stadt Osnabrück. J.-T. Cassens trat auch als Schriftsteller hervor. Veröffentlichungen u. a.: „Hermann Conring (1606-1681). Ein ostfriesischer Gelehrter von europäischem Rang“ (mit Heinrich Schmidt, 1982), „Kunst und Recht. Referate“ (1985), „Rettung zweier Kulturschätze aus dem Welfenbesitz“ (2015), „Jesus starb nicht am Kreuz: neue Erkenntnisse aus den aramäischen Evangelien“ (2016), „Diener zweier Bundesländer – Eine bewegte Lebensgeschichte“ (Autobiographie, 2017), „Kampf in Rom um Reformen - Glaube und Verstehen in historischer Entwicklung“ (2018), „Mord aus Staatsraison - Die Affäre Königsmarck“ (2019).

Lit.: 1885-1985 Freiburger Burschenschaft Saxo-Silesia (1985), S. 268; Munzinger-Archiv IBA 06/1987 v. 26. Jan. 1987; Simon (1996), S. 63; 1818-2018, 200 Jahre Burschenschaft in Freiburg (2018), S. 87 (P); Trauer um Ex-

Minister Cassens, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 20. August 2022, S. 7; Ex-Wissenschaftsminister Cassens gestorben, in: Süddeutsche Zeitung v. 19.08.2022. Internet (25.11.2022): J.-T. C., Kabinett Albrecht III, IV, V, Freiburger Burschenschaft Saxo-Silesia, Auswahl bekannter Persönlichkeiten (Wikipedia); Minister Björn Thümler zum Tod von Dr. J.-T. Cassens: „Wir verlieren einen Visionär und überzeugten Demokraten“. P.K.

Ehrlinger, Erich, geb. 14.10.1910 in Giegen an der Brenz als Sohn des Bürgermeisters, gest. 31.07.2004 in Karlsruhe (Roigel / Königsgesellschaft-Tübingen 1928, ausgetreten 2002); Studium der Rechtswissen



schaften in Tübingen, Kiel und Berlin, danach wieder in Tübingen. Seit 1931 Mitglied der NSDAP und der SA, war er schon vor der „Machtergreifung“ u. a. neben → Rudolf Bilfinger und → Eugen Steimle einer der führenden Nationalsozialisten in Tübingen. Mai 1933 Erstes juristisches Staatsexamen, anschließend Gerichtsreferent am Amtsgericht Tübingen; Juni 1933 Abteilungsleiter des SA-Sportlagers Feldstetten; 1934 Aufgabe der juristischen Laufbahn und hauptamtlicher SA-Funktionär; seit Juli 1934 Leiter der SA-Sportschule „Burg Rieneck“ bei Gemünden und Chef des SA-Ausbildungswesens; nach dessen Auflösung im Mai 1935 Wechsel zum SD; in Folge dessen Mitglied der SS; Sept. 1935 Einsatz im Berliner Hauptamt des SD (Stabsführer in der Presseabteilung,

Stellvertreter von Franz Six); ab 1935 leitende Funktionen beim Anschluss von Österreich (1938) und dem Einmarsch in die Tschechoslowakei (1939); nach dem Anschluss für den SD 1938 in Österreich und ab Apr. 1939 im Protektorat Böhmen und Mähren beim SD-Sonderkommando Prag; zu Beginn des Zweiten Weltkrieges im Gruppenstab der Einsatzgruppe IV beim deutschen Überfall auf Polen im Einsatz, anschließend Chef des SD in Warschau; Aug.1940 Febr. 1941 Sonderbeauftragter in Oslo; ab Juni 1941 Führer des Einsatzkommandos 1b innerhalb der Einsatzgruppe A erst in Litauen, danach in der Region Dangarpils/Dünaburg in Lettland; Leiter des Massenmords an Juden hinter der Front, vor allem im Raum von Kowno, Dünaburg und Rositten; Anfang Dez. 1941 zum Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD sowie zum SS- und Polizeiführer in Kiew ernannt; Sept. 1943 SS-Standartenführer und Versetzung nach Minsk (Leitung der Einsatzgruppe B). Im Frühjahr 1944 kehrte E. nach Berlin zurück und übernahm dort die Leitung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) I Personal. Im Nov. 1944 auf Grund der Fürsprache von → Ernst Kaltenbrunner von → Heinrich Himmler zum SS-Oberführer befördert, war er als Einsatzgruppenleiter in der Sowjetunion sowie als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD am Massenmord an den osteuropäischen Juden beteiligt. Nach 1945 unter dem Namen Erich Fröscher in Schleswig-Holstein, dann im Okt. 1945 in Roth bei Nürnberg untergetaucht, zog er 1950 mit seiner Familie nach Konstanz, wo er unter falschem Namen als Empfangschef im Spielkasino arbeitete. Nach seiner Scheidung gab E. bei der Wiederheirat 1952 seinen richtigen Namen an und wurde Leiter der Volkswagenvertretung in Karlsruhe. 1958 festgenommen, wurde E. am 20. Dez. 1961 wegen Beihilfe zum Mord in 1045 Fällen und eines versuchten Mordes zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit wurde

E. 1965 entlassen das Verfahren im Dez. 1969 eingestellt.

Lit.: Burschenschaftler-Stammrolle (1934), S. 1098; LG Karlsruhe vom 20. 12. 1961, in: Justiz und Verbrechen 18 (1978), S. 65-132; Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes (2003), S. 92 ff. und a. m. O.; ders., E. E. - ein Vertreter „kämpfender Verwaltung“, in: Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul (Hrsg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien (2. Aufl. 2011), 76-85; Klee (2007), S. 128; Wolfgang Proske (Hrsg.), Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus Baden-Württemberg, Bd. 1: NS-Belastete von der Ostalb (2010), S. 87-123; Peter Stadlbauer, Vater und Sohn Ehrlinger: Politik, Weltanschauung und strafrechtliche Verfolgung zweier Belasteter aus Ostwürttemberg (2010, 2. Aufl. 2016), S. 87-123; ders., SS-Einsatzgruppenführer E. E. Eine Studie zu NS-Gewaltverbrechen und deutscher Nachkriegsjustizgeschichte (Diss. Wien 2017); Christian Ingrao, Hitlers Elite. Die Wegbereiter des nationalsozialistischen Massenmordes (2012, auch Bundeszentrale für politische Bildung 2012). Internet (17.10.2023): E. E. und Tübinger Gesellschaft Roigel. Bekannte Mitglieder (beide Wikipedia); Laura Boga, Kurzbiographie E. E. NS-Akteure in Tübingen (P); Peter Stadlbauer, Eichmanns Chef - E. E. Exzellente SS-Karriere und unterbliebene strafrechtliche Sühne. Eine Fallstudie; Gedenkorte Europa 1939-1945. E. E., (1910-2022) (P); Clara-Sophie Schwarz u. a., Das Strafverfahren gegen den SS-Oberführer E. E. aus rechtsmedizinischer Sicht (2 Tle., 2023). Mitteilung Lukas Kösel (Trier) v. 21.11.2023. P.K.

Erdmann, Günther, geb. 12.01.1907 in Atens, gest. 12.05.1980 (Derendingia-Tübingen). Ab 1928 Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen, Zweites juristisches Staatsexamen, 1933 Dr. jur. Tübingen ("Der Hochverrat nach dem Reichsstrafgesetzbuch und nach den neuen Strafgesetzentwürfen"); 1935 Gerichtsassessor, anschließend Eintritt in das Auswärtige Amt; 1940-1942 Konsul in Kalamata (Griechenland), anschließend wieder im Reichswirtschaftsministerium in Berlin beschäftigt; 1951

Erster Botschaftssekretär der deutschen Botschaft in Dänemark; danach Leiter des Referats "Wirtschaftsbeziehungen zu Süd- und Ostasien" im Auswärtigen Amt. Am 08.11.1965 zum deutschen Generalkonsul in Salisbury (Rhodesien) ernannt, konnte er aufgrund politischer Unruhen in Rhodesien dieses Amt nicht antreten (Posten bis 1980 vakant); deshalb am 06.12.1965 Berufung in die Abt. 1 des Auswärtigen Amtes; mit der Erhebung des deutschen Konsulats in Casablanca zum Generalkonsulat am 13.08.1966 zum Generalkonsul ernannt; 1968 BVK 1. Kl.

Lit.: Burschenschaftler-Stammrolle 1934 (1934), S. 1094; Udenrigsministeriets kalender. Dänemark (1952), S.120; Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1966), S. 874; Mitglieder-Verzeichnis der Burschenschaft Derendingia zu Tübingen. 1967, Stammrollen-Nr. 682; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (1996), S. 1994; Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 2 (2005), S. 517 f. (P). Internet (07.01.2019): G. E. (Wikipedia 01.11.2022), Atens/berühmte Söhne der Gemeinde. P.K.

Grünwald, Hans-Henning, geb. 22.02.1939 in Berlin, gest. 09.08.2020 in Speyer Arminia auf dem Burgkeller Mainz (1959-nach 2007). Nach dem Besuch des Gymnasium Studium der Rechtswissenschaften in Mainz; 1968 Beamter des Landes Rheinland-Pfalz, 1970 beim Kreis Ludwigshafen und zuletzt bei der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz (CDU), zuletzt Ltd. Reg.-Dir.; in Speyer 1977-1991 Kreisvorsitzender der CDU in Speyer, 1974-1988 Mitglied des Stadtrats (davon zehn Jahre auch Fraktionsvorsitzender), 1974-1979 ehrenamtlicher Beigeordneter; 1987 Kandidatur für den 11. Landtag Rheinland-Pfalz; 06.12.1988 als Nachfolger von Bernhard Vogel Abgeordneter des Landtags, dem er bis zum Ende der Wahlperiode 1991 angehörte; im Landtag Mitglied des Rechtsausschusses sowie der Untersuchungsausschüsse „AKW Mülheim-Kärlich“,



„Spielbankkonzessionen und Rundfunklizenzen“ und „Firma Pieroth“; Mitglied im Verwaltungsrat der Kreis- und Stadtparkasse Speyer; 1990 aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen Rückzug aus der Politik.

Lit.: Burgkeller-Zeitung 3/1959, S. 87; Burschschafter-Stammrolle (1991), S. 175; Mitgliederverzeichnis der Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller-Jena (2007), S. 35; Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Die Stellvertreter des freien Volkes: die Abgeordneten der Beratenden Landesversammlung und des Landtags Rheinland-Pfalz von 1946 bis 2015 (2016), S. 242; Patrick Seiler: Speyer; Früherer CDU-Chef Grünwald gestorben, in: Die Rheinpfalz v. 17. August 2020; persönlicher Brief an den Verfasser vom 08.03.1995. Internet: Wikipedia (01.10.2022), Rheinland-Pfälzische Datenbank. P.K.

Janka, Josef, geb.13.03.1914 in Komotau (Böhmen), gest. 14.02.1985 in Dietmannsried bei Kempten (Arminia Prag 1933); nach dem Besuch des Gymnasiums Studium der Rechts- und Staatswissenschaften 1933-1938 an der Deutschen Universität in Prag, Promotion Dr. iur. 1939; anschließend

in der Verwaltung des Oberlandratsamtes in Iglau tätig; ab 1940 als Kriegsfreiwilliger Einsätze in Frankreich, Russland und Ungarn, zuletzt als Adjutant einer Panzerabteilung im Rang eines Oberleutnants; viermal verwundet; am Kapitulationstag aus dem Heimatlazarett Karlsbad entlassen, August 1945 mit seiner Frau Margarethe zur Zwangsarbeit in das Landesinnere der Tschechei verpflichtet; April 1946 Ausweisung und über Karlsbad nach Hessen ausgesiedelt; Tätigkeit am Landgericht Hanau; Abschluss des juristischen Vorbereitungsdienstes am Landgericht Kempten; ebd. Übernahme einer Rechtsanwaltskanzler;



seit 1949 Bürger der Marktgemeinde Dietmannsried; ab 1956 überparteiliches Mitglied im Dietmannsrieder Gemeinderat; ebd. seit 1956 Dritter, nach dem Tod von Bürgermeister Stingl 1961 Zweiter und 1964-1972 Erster Bürgermeister; 1960 Einzug in den Kreistag und Mitglied des Kreisausschusses, außerdem im Verwaltungsrat der Stiftspitalstiftung und Mitglied des Sozialhilfeausschusses; Träger der Bürgermedaille in Gold, große Verdienste in der Kreis- und Gemeindearbeit sowie im

Vereinsleben, was sich in 17 Reden am Grab widerspiegelt.

Lit.: Lokalausgabe der Kemptener Nachrichten v. 31.10.1964; Chronik Markt Dietmannsried (1968), S. 549 (P); Christian Oppermann, In memoriam Bb. Dr. iur. Josef Janka, in: Nachrichten der Prager Burschenschaft Arminia, Folge 51 Dez. 1985, S. 10; Internet: Students of Prague Universities 1882-1945; Mitteilung von Dr. Brunhild Kustermann (Dietmannsried) v. 30.10.2022. Abb.: Chronik Markt Dietmannsried (1986), S. 549. P.K./C.O.

Kriegk, Georg Ludwig, geb. 25.02.1805 in Darmstadt als Sohn eines Schneidermeisters, Bruder von → Christian K., gest. 28.05.1878 in Frankfurt a. M. (Heidelberger Burschenschaft 1823). Jugendfreund von → Heinrich Hoffmann; Studium der Philologie, ev. Theologie und Geschichte in Heidelberg und Gießen; 1825-1834 Hauslehrer bei der Familie Bernus in Frankfurt a. M.;



1834 Dr. phil. Marburg („De Maliensibus: Dissertatio geographica“), Privatgelehrter in Frankfurt a. M.; Mitglied des Geographischen Vereins (Mitgründer 1836), des Physikalischen Vereins, der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft, des Frankfurter Vereins für Geschichte und Altertumskunde u. a. wissenschaftlicher Vereinigungen; besonderes Interesse für

Geographie, Völkerkunde und Archäologie; Initiator der systematischen Ausgrabungen der antiken Römerstadt Nida in Heddernheim (heute zu Frankfurt a. M.); ab Sommer 1836 mehrwöchige Reisen nach England, Frankreich, in die Alpenländer sowie nach Oberitalien, Dänemark, Belgien und Norddeutschland; seit Apr. 1847 Lehrer am Frankfurter Städtischen Gymnasium, 1848 ebd. Prof. für Geschichte (seit Sommer 1855 außerdem Unterricht in Geographie) und Vorsitzender des Schulreform-Vereins; 1847 als Nachfolger von → Eduard Franz Souchay de la Duboissière in die Administration des Städelschen Kunstinstituts gewählt, der auch Heinrich Hoffmann angehörte; 1847-1848 Mitglied der Gesetzgebenden, 1848-1849 der Verfassungsgebenden Versammlung der Freien Stadt Frankfurt, 1848 Mitglied des Vorparlaments. Ab 1860 im Frankfurter Stadtarchiv tätig, verließ er 1863 das Gymnasium und wurde Stadtarchivar. K. trat durch zahlreiche Schriften zur Geschichte der mittelalterlichen Stadtrepubliken und als Goetheforscher hervor. Seit 1875 im Ruhestand. K. war zeitweise Mitglied der Frankfurter Freimaurerloge „Zur Einigkeit“. Eine Straße im Frankfurter Stadtteil Gallus (ebd. Kultur-einrichtung „kriegkstr12“) trägt seinen Namen. Veröffentlichungen u. a. (Auswahl): „Deutsches Lesebuch: eine Sammlung von Musterstücken in Prosa und Poesie mit den nöthigen Erläuterungen für Kinder von 10-13 Jahren zum Schul- und Privatgebrauche“ (1829, mehrere Auflagen mit wechselnden Titeln), „Frankfurter Bürgerzwiste und Zustände im Mittelalter; ein auf urkundlichen Forschungen beruhender Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgerthums“ (1862, Nachdruck 1970), „Deutsches Bürgerthum im Mittelalter. Nach urkundlichen Forschungen“ (2 Teile, 1868 und 1871, Nachdruck 1969), „Geschichte von Frankfurt am Main in ausgewählten Darstellungen; nach Urkunden und Akten“ (1871), „Aus meiner Jugendzeit“ (Autobiographie, bearbeitet von Karl Esselborn, 1938).

Vollständiges Verzeichnis seiner Veröffentlichungen Internet unter https://de.wikisource.org/wiki/Georg_Ludwig_Kriegk.

Lit. (Auswahl): ADB 17 (1883), S. 165 f. (Stricker); Kosch 9 (1984), Sp. 483 (R.M.); Frankfurter Biographie 1 (1994), S. 430 (Klötzer); Lengemann (1996), S. 227 (Frost/Lengemann). Internet (10.09.2023): Wikipedia; Bundesarchiv, Mitglieder des Vorparlaments und des Fünfzigerausschusses; Kriegk, G. L., in: Hessische Biografie <https://www.lagis-hessen.de/pnd/116537744>. K.G./P.K.

Lemmer, Ernst, Journalist und Politiker, geb. 28.04.1898 in Remscheid als Sohn eines Bauunternehmers und Architekten, gest. 18.08.1970 in Berlin (Leipziger Alstia im Burschenbunds-Convent). Nach dem Besuch des Realgymnasiums („Kriegsabitur“) ab März 1915-Nov. 1918 als Kriegsfreiwilliger (Ersatz-Bataillon Res.-Infanterie-Regiment Nr. 13 in Köln) Teilnahme am Ersten Weltkrieg in Russland, Frankreich und Belgien, verwundet und ausgezeichnet, zuletzt Leutnant d. R.; Nov. 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und Mitglied des Remscheider Arbeiter- und Soldatenrates; Delegierter der Remscheider Arbeiterschaft zum Essener Kongress der Arbeiterräte; 1919-1923 Studium der Theologie, Geschichte und Nationalökonomie in Marburg und Frankfurt a. M.; gleichzeitig Volontariat u. a. bei „Frankfurter Zeitung“; 1919 Mitglied, 1923-1930 Vorsitzender des Reichsbunds der Deutschen Demokratischen Jugend (seit 1928 Reichsbund der Deutschen Jungdemokraten); während seines Studiums Vorsitzender des Deutschen Demokratischen Studentenbundes; 1919-1921 führende Beteiligung an studentenpolitischen Auseinandersetzungen; Mai 1922 Studienabbruch und bis 1933 (Auflösung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten) Generalsekretär des „Freiheitlich-Nationalen Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-

Angestellten- und Beamtenverbände“ (Dachverband der liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine) in Berlin; Schriftleiter der „Wirtschaftlichen Selbstverwaltung“, Organ des Gewerkschaftsrings; als ehemaliger Offizier Febr. 1924 Mitgründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; 1924-1930 Mitglied des Reichsvorstands der DDP; 1929 Stellvertretender Reichsvorsitzender, nach deren Umbenennung Mitglied im Reichsvorstand der Deutschen Staatspartei (DStP); für die DDP und den Wahlkreis Pommern Febr. 1924 Dez. 1924 - Juni 1933 Reichstagsabgeordneter; 1929 als Vertreter der DDP Mitglied des Bundesvorstand des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold; förderte zusammen mit dem Vorsitzenden der DDP Erich Koch-Weser die Vereinigung der DDP mit der Volksnationalen Reichsvereinigung zur Reichstagswahl 1930 (gemeinsame Liste unter dem Namen „Deutsche Staatspartei“); ab 1922 intensive journalistische Tätigkeit, u. a. für das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“; stimmte am 24.03.1933 zusammen mit den vier anderen Reichstagsabgeordneten der DStP (u. a. → Hermann Dietrich) für das Ermächtigungsgesetz, „in der törichten Hoffnung ..., daß die Diktatur Hitlers durch Schaffung einer gesetzlichen Grundlage eine legale Begrenzung erfahren würde“; 1933 wegen seiner linksliberalen Überzeugung aus dem Reichsverband der Deutschen Presse ausgeschlossen; dank einer Sondergenehmigung 1933-1945 Deutschlandkorrespondent u. a. für die „Neue Zürcher Zeitung“, „L'Indépendance Belge“ und den „Pester Lloyd“; leitete mit Billigung von Joseph Goebbels Informationen über den Holocaust in das Ausland weiter, weshalb er von dem Historiker Norman Domeier nicht nur als Mitläufer, sondern als Mittäter bezeichnet wurde; nach dem Krieg Mitgründer der CDU in Berlin und in der Sowjetischen

Besatzungszone; Dez. 1945 - Jan. 1948 Stellvertretender Vorsitzender der CDU; 1945/46 kurzzeitig Bürgermeister seines bereits sowjetisch besetzten Wohnortes Klein-Machnow bei Berlin; 1945-1947 Dritter Vorsitzender des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes; Ende 1945 neben Jakob Kaiser Zweiter Vorsitzender der CDU; 1946-1948 Abgeordneter des Brandenburgischen Landtags. 1949 verließ L. die sowjetische Besatzungszone und war 1949-1956 Chefredakteur der Tageszeitung „Der Kurier“ (danach zehn Jahre ihr Herausgeber); 1950-1961 Stellvertretender, danach bis zu seinem Tod 1970 Vorsitzender der Exil-CDU; Nov. 1950-1970 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (dort 1951-1956 Vorsitzender der CDU-Fraktion); 1950-1956 Stellvertretender, danach bis 1961 Landesvorsitzender der Berliner CDU (später Ehrenvorsitzender); Febr. 1952 bis zu seinem Tod als Vertreter (West-)Berlins Abgeordneter des Deutschen Bundestags, ebd. 12.02.1963-19.02.1964 Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion; ab 1953 Delegierter zum Europarat; 1954 Mitunterzeichner des Gründungsaufrufs zum Kuratorium Unteilbares Deutschland; 15.11.1956 – 29.10.1957 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, 29.10.1957 – 11.12.1962 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, 19.02.1964 – 26.10.1965 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte; 1963-1970 außerdem Vorsitzender des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge; engagiert bei der Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (1966 Berufung in deren erstes Kuratorium); 1967-1970 Evangelischer Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. E.-L.-Institut Berlin, E.-L.-Haus; Gedenktafel an seinem ehemaligen Wohnort Schützallee 135 in Berlin-Zehlendorf; Ehrengrab des Landes Berlin auf dem

Zehlendorfer Waldfriedhof; E.-L.-Straße in Marburg, Oldenburg und Düsseldorf; Veröffentlichungen u. a. „Berlin am Kreuzweg Europa, am Kreuzweg der Welt“ (1957), „Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten“ (1968, Neuaufl. 1996), „Skat-Taktik. Erfahrungen und Gedanken eines passionierten Skatspielers (1969).

Lit.: Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft 2 (1931), S. 1097; Kurt Neumann, Verzeichnis der Mitglieder des Altherrenverbandes des BC München e. V. und aller anderen ehemaligen BCer sowie der Alten Herren des Wiener SC (1962), S. 35; NDB 14 (1985), S. 187 f. (Ludwig Luckemeyer); Michael Richter, Die Ost-CDU 1948-1952 - Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (2. korr. Aufl. 1991); Müller-Enbergs (2001), S. 515 f.; Tilman Mayer, E. L., in; Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hrsg.), Kanzler und Minister 1949-1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen (2001), S. 424-428; Marion Hausmann, Vom Weimarer Linksliberalen zum Christdemokraten. E. L.s politischer Weg bis 1945, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 14 (2002), S. 197-217; dies., E. L. in der SBZ (1945-1949). Der lange Weg nach Westen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 11 (2004), S. 147-170; FDGB-Lexikon (2009); Roland Appel/Michael Keff (Hrsg.), Grundrechte verwirklichen, Freiheit erkämpfen – 100 Jahre Jungdemokrat*innen (2019), S. 497-530. Internet: E. L. (Wikipedia 28.09.2022), Datenbank der deutschen Reichstagsabgeordneten 3.-8.Wahlperiode 1924-1933 (P); Munzinger-Archiv, Geschichte der CDU, E.-L.-Institut (mit Kurzbiographie), Portal Rheinische Geschichte, Bundesarchiv. P.K.

Weinzinger, Lutz, geb. 20.01.1943 in Wien, gest. 17.08.2021 in Schärding/Oberösterreich (Wiener akademische Burschenschaft Bruna Sudetia 1964); aufgewachsen in Schärding, 1949-1953 Volksschule Riedau und Schärding; Mitglied im Turnverein „Schärding 1862“; 1953-1961 Besuch des Realgymnasiums Schärding, Lambach, Waidhofen a. d. Ybbs und Wien; als Schüler 1959 Mitglied der pennalen

Burschenschaften Silesia Waidhofen (Waidhofen a. d. Ybbs) und Franko-Cherusker Wien (beide im Blauen Kartell); Matura in Wien; zunächst Ausbildung zum



Steuerberater; Studium der Geschichte in Wien, langjähriger Vorsitzender des Ringes Freiheitlicher Studenten (RFS); nach dem Studium Einjährig-Freiwilliger beim österreichischen Bundesheer, als Reserveoffizier bis zum Rang eines Oberst; 1964 als Alter Herr Gründungsmitglied der pennalen Burschenschaft Scardonia Schärding; nach dem Tod des Vaters Studienabbruch und Übernahme einer Steuerberatungskanzlei in Schärding; 1969 Eintritt in die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), 1976 Bezirksparteiobmann von Schärding, 1991-2003 Abgeordneter zum Oberösterreichischen Landtag, Klubobmann des Landtagsklubs und Landesfinanzreferent in Oberösterreich, Sept. 2005 Übernahme der Geschäftsführung der Landespartei; Jan. 2006-Jan. 2009 Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, 2006-4/2010 Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich, 2007 Bundesparteiobmann-Stellvertreter der FPÖ, 27.10.2008 Klubobmann-Stellvertreter des Freiheitlichen Parlamentsklubs; 30.10.2006-20.10.2010 Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ); Mitglied des Parteipräsidium und Parteivorstand der FPÖ; 2014 Ehrenband des Österreichischen Pennälerings (ÖPR) für sein umfangreiches burschenschaftliches Wirken; Rede anlässlich

des Festaktes am Burschenschaftsdenkmal, in: Burschenschaftliche Blätter, H. 2/ 2016, S. 60-63; ca. 500 Teilnehmer bei der Beisetzung am Schärddinger Friedhof

Lit.: Festschrift zum 10. Stiftungsfest PB! Scardonia zu Schärding (1974); Philipp Depisch, Die politische Spaltung des Dritten Lagers in Österreich: 2005-2007 (2007); Wolfgang Sedelmaier, Nachruf auf L. W., in: Junges Leben, Mitteilungen des Österreichischen Pennäler-Ringes - ÖPR, 3/2021, S. 6 und in BBl. 3/2021 S. 124 f. (P); DerStandard v. 17.08.2021 (Nachruf, P); Internet: L. W., Wiener akademische Burschenschaft Bruna Sudetia (beide Wikipedia 21.10.2022); Parlament Österreich, Wer ist wer? (P); Blaues Österreich. Weblexikon über die Freiheitliche Partei Österreichs (P); MeinBezirk.at./Oberösterreich (P); Marjorie-Wiki Scardonia. Abb.: Blaues Österreich-Weblexikon über die Freiheitliche Partei Österreichs. C.O./P.K.